



Medienkommentar

# Schweizer Zuwanderungsinitiative – Schweiz faktisch schon in die EU geputscht?



**Wer die Debatte zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative – kurz MEI – im Schweizer National- und Ständerat aufmerksam mitverfolgt, wird sich der Frage nicht erwehren können, ob die Schweiz nicht schon faktisch in der EU ist?**

Wer die Debatte zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative – kurz MEI – im Schweizer National- und Ständerat aufmerksam mitverfolgt, wird sich der Frage nicht erwehren können, ob die Schweiz nicht schon faktisch in der EU ist? Doch schön mal der Reihe nach:

Am 9. Februar 2014 stimmte die Schweizer Bevölkerung der Masseneinwanderungsinitiative der Schweizerischen Volkspartei SVP zu. Gemäss dem Initiativtext muss die Bundesverfassung (Art. 121a) u.a. wie folgt geändert werden:

- Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.
- Die Zahl der Bewilligungen für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz wird durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt.
- Es dürfen keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden, die gegen diesen Artikel (121a) verstossen.

Seit fast drei Jahren nun arbeitet die Schweizer Bundespolitik an der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, um fristgemäss bis zum 9. Februar 2017 zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Dies scheint sich jedoch als äusserst schwierig zu erweisen, da die Vorschläge der verschiedenen Lager unterschiedlicher nicht sein könnten. Hier die wichtigsten Positionen:

- Der Nationalrat ist für einen sogenannten «Inländervorrang light». Dafür sollen Arbeitgeber offene Stellen zunächst den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) melden. Höchstzahlen und Kontingente soll es keine geben.
- Die kleine Kammer des Schweizer Parlaments, der Ständerat, verlangte, dass der «Inländervorrang light» verschärft wird. So sollen Arbeitgeber inländische Stellenbewerber zu einem Gespräch einladen und Absagen begründen müssen. Inzwischen ist der Ständerat von der Privilegierung «inländischer» Stellensuchender abgerückt – wegen eines möglichen Konflikts mit dem Freizügigkeitsabkommen.
- Aus der Sicht der SVP sind beide Modelle inakzeptabel, da sie kaum einen Einfluss auf die Zuwanderung hätten. Die SVP fordert nach wie vor eine klare Umsetzung der MEI wie es die Verfassung vorsieht, mit Höchstzahlen und Kontingenten.

Zurzeit läuft die sogenannte Differenzvereinbarung zwischen den Vorschlägen des National- und Ständerats – es wird um Details gestritten. Die Schlussabstimmung soll Ende nächster Woche stattfinden.

Doch selbst Bundeshausredaktor Philipp Burkhardt musste eingestehen, dass der Volksauftrag nicht berücksichtigt werde. Burkhardt wörtlich: „Das Parlament unterstellt eigentlich der Mehrheit der stimmenden Bevölkerung, sie habe sich zwar für die Steuerung

der Bevölkerung ausgesprochen, aber es gar nicht so gemeint.“

Doch, warum stellt sich eine Mehrheit des National- sowie Ständerats eigentlich dagegen, die Masseneinwanderungsinitiative im Sinne des Verfassungstextes und Volksauftrages umzusetzen?

Hierzu eine unzweideutige Antwort:

- So hieß es in der Hintergrundsendung „Echo der Zeit“ des Schweizer Radios SRF vom 13. September 2016: „Die EU ja nicht provozieren“. Das war offensichtlich das Motto der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission. Keine Höchstzahlen und Kontingente, kein wirklicher Vorrang für Inländer bei Anstellungen, und wenn man doch Maßnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung ergreifen sollte, dann nur im Einklang mit der EU. Dabei nimmt die Kommission einen klaren Verstoß gegen die Bundesverfassung in Kauf, um das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU nicht zu gefährden.“
- Laut dem Politiker der Sozialdemokratischen Partei (SP), Corrado Pardini, sei die Grundbedingung der SP zur Umsetzung der MEI: „Keine Probleme mit der EU“.
- SVP-Politiker Gregor Rutz sprach von einer absoluten Nullnummer, die das Parlament hier bringe – und von einer bedingungslosen Kapitulation gegenüber der EU. Rutz wörtlich: „In einer Demokratie gilt der jüngste Entscheid, sonst können wir sofort aufhören.“

SVP-Politiker warnen schon längst vor einem schleichenden EU-Beitritt der Schweiz in die EU. Sind sich doch Schweizer Politiker von links bis rechts bewusst: Ein Rahmenabkommen, das die Schweiz zur automatischen Übernahme von künftigem EU-Recht verpflichten will, hätte im Moment vor dem Schweizer Volk keine Chance. In einem von der Schweizer Bank „Credit Suisse“ am 30. November 2016 veröffentlichten Sorgenbarometer ist die Zustimmung des Schweizer Stimmvolkes für einen EU-Beitritt von 23 auf 10 Prozent gesunken. Trotzdem, schaut man der Mehrheit der Schweizer Parlamentarier auf die Finger, könnte man meinen, dass die Schweiz faktisch schon zur EU gehöre. Dies bedeutet aber im Umkehrschluss: In der schweizerischen Demokratie ist das Volk sein eigener Souverän – sprich Staatsoberhaupt – und hat selbst über wichtige Fragen zu bestimmen. Wenn nun ein Volksentscheid wie das Ja zur Zuwanderungsinitiative von einer Mehrheit der Parlamentarier schlicht missachtet und mit Füßen getreten wird, muss dann nicht von einem versteckten und hinterhältigen Putsch gesprochen werden, mit dem Ziel, die Macht im Staat, anstelle des Volkes, zu übernehmen?

von dd.

---

#### Quellen:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Eidgen%C3%B6ssische\\_Volksinitiative\\_%C2%ABGegen\\_Masseneinwanderung%C2%BB](https://de.wikipedia.org/wiki/Eidgen%C3%B6ssische_Volksinitiative_%C2%ABGegen_Masseneinwanderung%C2%BB)  
<http://www.srf.ch/news/schweiz/das-liegt-auf-dem-tisch>  
<http://www.srf.ch/news/schweiz/umsetzung-der-mei-gemeinsame-position-zweier-wirtschaftsverbande>  
<http://www.srf.ch/news/schweiz/session/das-ringen-um-die-mei-geht-weiter>  
<http://www.srf.ch/news/schweiz/session/modell-mueller-auf-der-zielgeraden>  
<http://www.srf.ch/news/schweiz/session/umsetzung-der-mei-das-protokoll-zum-nachlesen>  
<http://www.srf.ch/play/radio/popupaudioplayer?id=d24684de-c5aa-4476-b77c-628d6ee302f1>  
<http://www.srf.ch/news/schweiz/immer-mehr-schweizer-setzen-auf-bilaterale>

---

## Das könnte Sie auch interessieren:

#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](http://www.kla.tv/Medienkommentare)

---

## Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](http://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: [www.kla.tv/abo](http://www.kla.tv/abo)

---

## Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!**

Klicken Sie hier: [www.kla.tv/vernetzung](http://www.kla.tv/vernetzung)

---

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.